

Aufhebung der Immunität eines Mitglieds des Bayerischen Landtags
(Az: 112 Js 148884/13)

Eine Aussprache hierzu findet nicht statt. Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht- und Parlamentsfragen auf der Drucksache 17/139 zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Beschlussempfehlung des Ausschusses zugestimmt worden.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Ausländermaut-Debatte darf nicht noch mehr Schaden für Deutschland anrichten (Drs. 17/163)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Erwin Huber u. a. und Fraktion (CSU) PKW-Maut für Reisende aus dem Ausland ist richtig und fair (Drs. 17/177)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Bernhard Roos, Annette Karl u. a. und Fraktion (SPD) Keine zusätzlichen Belastungen durch geplante Pkw-Maut für Inländer (Drs. 17/178)

Ich eröffne nun die gemeinsame Aussprache. Der erste Redner ist Herr Kollege Aiwanger.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Hohen Hauses! Ich glaube, das Thema Maut für Ausländer auf deutschen Autobahnen hätte längst in diesem Landtag ausführlich und intensiv diskutiert werden müssen. Vielleicht hätten wir dann den einen oder anderen Schaden, der mittlerweile entstanden ist, noch verhindern können. Wir erinnern uns: Die CSU hat mit diesem Thema Wahlkampf gemacht. Sie hat mit diesem Thema ein paar Prozente bei der Wahl und damit wahrscheinlich die absolute Mehrheit zurückgewonnen. Nach dem Motto, der Zweck heiligt die Mittel, haben Sie eine Sau durchs Dorf getrieben, obwohl Sie bis heute nicht wissen, wie es funktionieren soll.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wie anders ist Ihr heutiger Nachzieher-Antrag zu lesen, in den Sie selbst reingeschrieben haben, jetzt müsste sorgfältig und zügig ein Konzept zur Maut entwickelt werden? Damit gestehen Sie selbst ein, dass Sie bis heute kein Konzept haben; es müsste erst entwickelt werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, politische Scharlatanerie geht nicht größer als mit dieser Maut-Geschichte, mit der Sie die bayerische und die deutsche Öffentlichkeit an der Nase herumgeführt haben. Sie haben damit über Monate hinweg die Medien an der Nase herumgeführt. Jetzt müssen Sie selber zugeben, dass Sie überhaupt keinen Plan haben. Noch im Wahlkampf haben Sie gesagt, Sie werden den Plan erst nach der Wahl enthüllen, damit nicht im Wahlkampf alles zerredet wird. Jetzt ist die Wahl vorbei. Sie haben noch kein Konzept. Ich sage Ihnen: Sie werden auch keines finden. Man kann nur Ihrem künftigen Berliner Koalitionspartner beipflichten. In dem Dringlichkeitsantrag, den Sie unserem Dringlichkeitsantrag nachgezogen haben, haben Sie wenigstens ganz klar geschrieben, dass es zu keiner Umsetzung kommen wird, weil die Pläne nicht funktionieren werden.

Sie haben Ihnen aber dieses Zuckerl im Koalitionsvertrag unterschrieben nach dem Motto: Lass ihn das Zeug reinschreiben, damit dort Ruhe ist; es kommt ja eh nicht. Auf dieser Grundlage ist dieses Thema im Berliner Koalitionsvertrag im Prinzip erster Klasse beendet worden. Zur Gesichtswahrung des Herrn Ministerpräsidenten war dies wohl nötig.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, wir stellen heute schon Schaden für deutsche Bürger durch Ihre Mautdebatte fest. Sie versprechen, Sie werden die Ausländer abkassieren, und für die Deutschen soll das aufkommensneutral sein. Der Schaden ist heute schon auf deutscher Seite: Die deutschen Autofahrer werden künftig in Österreich auf diesem bisher nicht kontrollierten Teilstück abkassiert. Bisher gab es hier ein gewisses Gentlemen's Agreement. Jetzt hat Österreich dieses Gentlemen's Agreement aufgekündigt. Herr Staatssekretär Eck war zu Verhandlungen in Österreich und hat gesagt, die Gegenseite habe die deutsche Mautdebatte als Argument gebraucht. Vielleicht wird er nachher darlegen, wie das genau gewesen ist. Ich empfinde es als Zumutung von Herrn Seehofer, einen Staatssekretär Eck rüberzuschicken und ihn mit einer österreichischen Verkehrsministerin Bures verhandeln zu lassen. Einer österreichischen Bundesver-

kehrsministerin wird ein bayerischer Staatssekretär gegenübergesetzt.

(Karl Freller (CSU): Also jetzt langt es!)

Da traut sich der Herr Ministerpräsident selber nicht hin, da traut er sich nicht, einen Herrn Ramsauer hinzuschicken, dann wird ein Staatssekretär als Kanonenfutter hingeschickt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das geht nach dem Motto: Da soll er sich blamieren.

(Karl Freller (CSU): Machen Sie doch Bayern nicht zur Provinz!)

Der wird hier vorgeschickt, weil sich ein Herr Ramsauer und ein Herr bayerischer Ministerpräsident und ein bayerischer Innenminister nicht hintrauen. Ich sage nicht, dass der Herr Staatssekretär der Sache nicht würdig wäre. Ich sage: Man hat jemanden vorgeschickt wegen der eigenen Feigheit, der dann die Nachricht heimbringen musste: Es tut mir leid, es ist sonst nichts zu gewinnen gewesen.

(Karl Freller (CSU): Das erzählen Sie mal der bayerischen Bevölkerung!)

Meine Herren, spielen Sie doch hier keine Empörung. Auf Ihr Theater falle ich nicht rein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Es ist ein riesiger politischer Schaden entstanden, weil künftig deutsche Autofahrer dort zahlen müssen, wo sie bisher nicht zahlen mussten. Wenn Sie Ihre Pläne weiter verfolgen, prophezeie ich Ihnen, dass es bei diesem Schaden nicht bleiben wird. Ich hoffe, Sie wissen das. Ich werde es Ihnen sagen. Warten Sie noch eine Sekunde.

(Karl Freller (CSU): Das ist eine Posse!)

Die Holländer haben vor einigen Jahren ebenfalls Maut-Pläne diskutiert. Sie haben davon wieder Abstand genommen, weil sie sahen, dass die Erhebungskosten in keinem vernünftigen Verhältnis zum Aufwand stehen. Jetzt wird bei uns diskutiert, wir müssten die Österreicher abkassieren. Wir haben die Watschn dafür schon bekommen. Dann wollen wir noch die Holländer abkassieren. Dort werden wir auch eine Watschn bekommen, da Holland seinerseits eine Maut einführen und uns dort abkassieren wird. Jetzt liegt es an Ihnen. Sie haben angeblich die Konzepte, haben aber dummerweise von irgendjemandem in Ihren heutigen Antrag schreiben lassen, dass Sie kein Konzept haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sie haben jetzt die Möglichkeit, endlich die Enthüllungsgeschichte zu liefern und uns zu sagen, wie Ihre Supermaut aussieht. Sie können die Hosen herunterlassen und können es uns zeigen. Ich warte darauf. Ich freue mich darauf.

(Karl Freller (CSU): Sie freuen sich darauf? – Allgemeine Heiterkeit)

Sie haben heute die Gelegenheit, der Öffentlichkeit und dem Landtag zu zeigen, wie sie nun aussieht, Ihre hochheilige Supermaut, die nicht kommen wird. Diese Maut war ein Wahlkampfschlager und ist an politischer Scharlatanerie nicht zu überbieten. Treten Sie bitte den Beweis an! Sie haben nachher die Gelegenheit, dazu zu sprechen. Sagen Sie uns bitte schön endlich, wie sie funktioniert.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich darf Herrn Kollegen Rotter ans Mikrofon bitten.

Eberhard Rotter (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Wahlkampf ist vorbei, auch wenn es Herr Kollege Aiwanger noch nicht gemerkt hat.

(Beifall bei der CSU)

Herr Kollege Aiwanger, mit diesen Krokodilstränen und diesen Argumenten sind Sie schon bei den Wählerinnen und Wählern nicht durchgedrungen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sie schon, leider Gottes!)

Und Sie werden damit bei uns natürlich auch nicht durchdringen. Dass Ihnen das heute noch stinkt, dafür habe ich ein gewisses Verständnis.

(Beifall bei der CSU)

Sie beklagen und bedauern auf der einen Seite, dass uns die öffentliche Debatte schon einen riesigen Schaden zugefügt hat.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Freilich!)

- Seien Sie einmal ruhig! – Auf der anderen Seite verlängern Sie hier diese Debatte. Das passt überhaupt nicht zusammen. Nachdem Sie aber gern Theater spielen wollen – Sie sind hier der größte Theaterspieler im Haus, also das, was Sie uns vorhin unterstellt haben -, bitte schön, dann machen Sie das.

(Beifall bei der CSU)

Dieser Dringlichkeitsantrag gibt mir auf jeden Fall die Gelegenheit, darauf hinzuweisen, warum wir überhaupt diese Debatte führen. Dies hat durchaus einen ernstesten Hintergrund, nämlich den, dass wir bei der Finanzierung von Verkehrswegen vor großen Herausforderungen stehen. Nach Meinung der Bürgerinnen und Bürger soll mehr Gerechtigkeit bei der Finanzierung hergestellt werden.

Sie sollten sich lieber über die deutschen Autofahrerinnen und Autofahrer Gedanken machen, die im Ausland in nahezu allen Ländern, außer Holland und Belgien, abgezockt werden. Sie müssen bei nur einer Autofahrt nach Süditalien oder Südfrankreich weit mehr bezahlen als den Betrag, der hier als Jahresvignette für ausländische Pkw-Lenker zur Diskussion steht. Darum sollten Sie sich einmal kümmern und nicht darum, dass die Österreicher und die Schweizer, die auf dem Weg von Bregenz oder Zürich nach München die A 96 benutzen, bei uns beteiligt werden. Es kann überhaupt kein vernünftiger Zweifel daran bestehen, dass es Deutschland freisteht,

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Macht es doch dann!)

ausländische Pkw-Lenker an den Infrastrukturkosten zu beteiligen, wie dies das Gros des europäischen Auslands auch tut.

Uns geht es darum, dass die dadurch generierten Mittel zweckgebunden ausschließlich für den Straßenbau verwendet werden und dass sie – das ist genauso wichtig – zusätzlich zu den regulären Haushaltsmitteln, das heißt ohne Absenkung des Stammhaushaltes, wie das leider bei der Einführung der Lkw-Maut geschehen ist, für den Straßenausbau verwendet werden können. Genau das findet große Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern, die ebenfalls für diese angemessene Beteiligung sind.

Wir begrüßen im Gegensatz zu Ihnen und im Gegensatz zum SPD-Antrag die Vereinbarungen zur Maut im Koalitionsvertrag auf Bundesebene. Interessant ist schon, dass die SPD die Vereinbarung auf Bundesebene mit unterzeichnet hat und jetzt auch ihren Mitgliedern zur Entscheidung vorlegt. Irgendwie passt das nicht zusammen.

Wir sind der Überzeugung, dass wir mit einer europarechtskonformen Pkw-Maut Halter von nicht in Deutschland zugelassenen Pkws an der Finanzierung von Erhalt und Ausbau unseres Autobahnnetzes beteiligen wollen. Dabei sollen Halter von im Inland zugelassenen Fahrzeugen nicht höher als heute belastet werden. Diese Aufgabe, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, hat natürlich die neue Bundesregierung zu lösen. Es geht darum, sorgfältig und zügig ein

Mautkonzept zu entwickeln, das den Vorgaben der EU in diesem Bereich auf der Basis des erst kürzlich ausgehandelten Koalitionsvertrages entspricht.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Kein Konzept!)

Er ist ausgehandelt. Da ist es interessant, dass die SPD fordert, dass endlich einmal das Konzept vorgelegt werden soll. Wir machen doch den zweiten Schritt nicht vor dem ersten. Zunächst einmal müssen Sie Ihren Mitgliederentscheid gewinnen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Und dann kommt die Lösung?)

Wenn dieser Mitgliederentscheid gewonnen wird – einige von Ihnen haben wohl noch größere Bedenken, dass sie das durchbringen werden -, wird es eine neue Bundesregierung geben. Diese neue Bundesregierung hat dann die Aufgabe,

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Dann soll die SPD den Vorschlag bringen!)

ein Konzept zu entwickeln, und das wird sie auch tun.

Sie, Herr Aiwanger, sind der Meinung, dass die Abschaffung der Praxis, dass bei Kufstein und Kiefersfelden nicht kontrolliert wird, darauf zurückzuführen ist, dass wir eine Pkw-Maut einführen wollen,

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Was denn sonst?)

die auch Österreicherinnen und Österreicher bei uns bezahlen müssen. Das hat aber mit dieser Sache überhaupt nichts zu tun.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

- Schon vor geraumer Zeit hat die österreichische ASFINAG – die Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs-Aktiengesellschaft – festgehalten, dass die Ausnahmeregelung deswegen abgeschafft wird, weil sie mehr Geld benötigt. Deswegen wollen sie auch die paar Ausfahrten hinter der Grenze abkassieren. Mit dem gleichen Argument ist bereits vor einem knappen halben Jahr eine auch im Raum Lindau und Vorarlberg bestehende Ausnahmeregelung, nämlich die Tagesvignette, abgeschafft worden. Auch damals hat die ASFINAG durchaus zugegeben, dass sie Einnahmeausfälle hat und diese Einnahmeausfälle angesichts der hohen Verschuldung, die die österreichische Autobahnfinanzierungsgesellschaft hat, zurückführen möchte. Zudem sagen sie: Wenn man eine und noch eine Ausnahme - -

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Kollege Rotter, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung?

Eberhard Rotter (CSU): Nein. Wenn wir noch eine Ausnahme und noch eine Ausnahme zugestehen, wird es weitere Forderungen in dieser Richtung geben. Von daher waren die Österreicher nicht mehr zu diesen Ausnahmen bereit.

Ich persönlich bin der Meinung, dass man so etwas am besten auf der Europaebene lösen sollte, indem seitens der EU eine Regelung vorgeschlagen wird, dass eine oder zwei Ausfahrten nach der Grenze auf beiden Seiten generell mautfrei sein sollten, um den notwendigen, manchmal kurzen Korridorverkehr nicht zusätzlich mit einer Maut zu belasten, um keine Umwegfahrten durch die Orte entstehen zu lassen und damit die Bevölkerung zu schonen.

Für die Sorgen der Anwohner, von denen im dritten Absatz die Rede ist, haben wir Verständnis, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD. Diese Sorgen haben wir im Übrigen auch. Sie sind natürlich nicht begeistert, dass die Regelung jetzt abgeschafft wird, die fortzusetzen aus meiner Sicht durchaus sinnvoll wäre. Genauso ist es bei der Korridorvignette im Bodensee-Raum. Aber wir werden Ihrem Antrag schon wegen des zweiten Absatzes nicht zustimmen können. Wir werden den Antrag der FREIEN WÄHLER – Herr Aiwanger, jetzt werden Sie schwer enttäuscht sein – ebenso ablehnen. Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das trifft mich!)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Rotter, bitte bleiben Sie am Rednerpult. Wir haben noch eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Glauber.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Geschätzter Kollege Rotter, bitte erklären Sie dem Bürger, dass, wie Sie es immer darstellen, die Bürger in Italien und Österreich letztendlich als Inländer mitzahlen. Ihr Zungenschlag ist immer: Wir kassieren nur Ausländer ab. Das aber führt für die Wirtschaft in unseren Nachbarländern zu erheblichem Schaden. Sie zeigen einen Populismus, den sich gerade ein Autoland wie Deutschland nicht leisten kann.

Ein Zweites. Die Kfz-Steuer ist momentan eine Ländereinnahme. Wenn aber die Vignette, die Sie uns vielleicht irgendwann vorschlagen werden, eingeführt wird, fehlt den Ländern diese Einnahme, und die Einnahmen aus der Maut liegen beim Bund. Wie kommen dann die Länder an diese Einnahme heran? Sie wollen ja eine Verrechnung. Die Ländereinnahme wird

fehlen. Das ist genau der Grund, warum wir bis heute kein Modell haben. Eine Antwort auf diese Frage bleiben Sie uns jedes Mal schuldig.

Eberhard Rotter (CSU): Herr Kollege Glauber, ich habe Ihnen gesagt, dass das Konzept seitens des Bundesverkehrsministers vorgelegt wird,

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Wann?)

sobald die Koalition zustande gekommen ist. So weit sind wir noch nicht; dazu wird es im Lauf des nächsten Jahres kommen. Im Übrigen fließt die Kfz-Steuer mittlerweile in die Bundeskasse. Sie war sehr lange eine Ländersteuer. Das wäre also kein Problem mehr.

Auf europäischer Ebene haben immer noch die Nationalstaaten das Steuerfindungsrecht. Das wird natürlich im Zusammenhang mit einer EU-konformen Regelung als Ausgleichsmaßnahme in dem Konzept stehen.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Vielen Dank. Nächster Redner ist der Herr Kollege Bernhard Roos.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Bernhard Roos (SPD): Verehrte Frau Präsidentin, es ist wunderbar, dass ich schon vorab Beifall von der CSU bekomme. Es ist unglaublich, welche Neuerungen die Große Koalition so alles bringt. Das hätte ich mir nicht träumen lassen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Hohes Haus! In der Tat traktiert uns die CSU nicht erst seit dem Wahlkampf, sondern schon seit 1984 mit der Idee einer Pkw-Maut – in Klammern: natürlich nur für die Ausländer. Dies ist Politik by Bauch; das richtet sich an die niederen Instinkte. Leider hat der Appell an die besagten niederen Instinkte gefruchtet; das muss man so sagen. Aber in meinen Augen ist das nicht korrekt.

Es mag sein, lieber Kollege Rotter und andere in der CSU, dass es keinen direkten und objektiven Zusammenhang mit österreichischen Reaktionen gibt, aber einen subjektiven doch sehr wohl. Der zieht sich wie ein schwarzer Faden durch die österreichische Postille, und die Reaktionen der Österreicher – tu felix Austria – im Grenzkorridor von Kufstein ziehen sich auch wie ein schwarzer Faden durch die Kommentare in unserer bayerischen Presselandschaft. Ich kann das erweitern: Natürlich ist dadurch auch die jetzige Debatte um Flugkorridore beim Flughafen Salzburg belastet. Das muss man bei aller Objektivität sachlich so einfließen lassen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, ihr hattet null – wirklich null – Respekt vor dem, was etwa

die Automobilklubs gesagt haben. Der ADAC und der ACE haben das Vorhaben massiv aufs Korn genommen.

(Eberhard Rotter (CSU): Deren Mitglieder sind aber)

- Deren Mitglieder sind Wählerinnen und Wähler; das weiß ich sehr wohl, Kollege Rotter.

Herr Ramsauer hat es bis zur heutigen Stunde offenkundig nicht geschafft, ein Konzept vorzulegen, wie Sie das im Wahlkampf angekündigt, aber nicht eingelöst haben. Auch während der Sondierungen in Berlin und während der Koalitionsverhandlungen in Berlin wurde kein Konzept entwickelt, das beiden Gesichtspunkten gerecht wird, nämlich der notwendigen Konformität mit dem Europarecht und der Forderung, keine zusätzliche Belastung für auch nur einen einzigen deutschen Autofahrer entstehen zu lassen, geschweige denn, dass Nickligkeiten wie soziale Komponenten einfließen könnten. Darauf warten wir in koalitionärer Geduld, wenn es denn so kommt. Unsere Geduld ist jedoch nicht überstrapazierbar.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Wir haben das Verfahren mit der SPD vereinbart!)

- Dass ihr bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag wartet, war nicht so vereinbart, Herr Ministerpräsident.

(Karl Freller (CSU): Waren Sie dabei?)

Die NSA hat mir andere Informationen gegeben, Herr Ministerpräsident.

Herr Kollege Rotter, ich gebe Ihnen in einem Punkt recht: Diese Korridore sind sinnvoll. Weder die ASFI-NAG noch wir sollten dort zu sehr zugreifen.

Interessant ist, dass dies erst nach der Zustimmung der SPD gemacht wird. Das gilt auch für die Bekanntgabe der Besetzung der Ministerien. Herr Kollege Rotter, ihr habt nur eine Absichtserklärung im Koalitionsvertrag stehen. Für all die Dinge, die wir eingebracht haben, beispielsweise den Mindestlohn, liegen Konzepte und Gesetzentwürfe vor. Im Gegensatz zu einer bloßen Formel kann man diese Konzepte präsentieren.

(Jürgen W. Heike (CSU): Das stimmt gar nicht!)

Ihr habt einen Popanz aufgebaut, ein Potemkinsches Dorf oder – richtig ausgesprochen – ein Patjomkinsches Dorf. Eine Politik wie diese dient den Bürgerinnen und Bürgern nicht.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Das war zweimal falsch!)

- Zweimal falsch? Ich kann kein Russisch. Es wurde mir so berichtet.

Dem nachgezogenen Antrag der CSU stimmen wir nicht zu. Dem Antrag der FREIEN WÄHLER stimmen wir zu. Selbstverständlich werden wir unserem eigenen Antrag zustimmen, weil er der beste ist.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich darf Herrn Kollegen Hartmann ans Rednerpult bitten.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Rotter, mit einer einzigen Aussage hatten Sie durchaus recht. Sie haben gemahnt, der Wahlkampf sei vorbei. Wäre es nicht an der Zeit, das Seehofer-Maut-Theater in diesem Hohen Haus ebenfalls zu beenden?

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben ein klassisches Seehofer-Maut-Theater, das bereits in den dritten Akt geht. Der erste Akt war Wahlkampf. Rechtsaußen hat man versucht, die Maut mit den Ausländern in Verbindung zu bringen. Die sollen die Maut zahlen. Im zweiten Akt mit der SPD auf Bundesebene hat man nicht sicher gewusst, wie das umgesetzt werden soll. Der dritte Akt – das kann man wirklich sagen – wird sehr unterhaltsam. Da geht es darum, wie man das umsetzen kann. Mein Überschriften-Favorit stammt heute aus dem "Münchener Merkur": Nein, Peter, es gibt kein Konzept. In der "Süddeutschen Zeitung" hieß es gestern: Ramsauer bei Pkw-Maut planlos. Man könnte sagen: Es ist nichts Neues, dass der Verkehrsminister manchmal planlos wirkt. Das ist durchaus jedem bekannt, wenn Herr Ramsauer in Bayern auftritt. Wenn er die eine oder andere Umgehungsstraße verspricht, hört sich das nicht nach einer planvollen Verkehrspolitik an.

Auf der anderen Seite sollte man beim Thema Pkw-Maut ein bisschen zurückblicken. Die SPD hat es richtig angesprochen. Die CSU ist schon länger, seit 1984, an dem Thema dran. Bereits im April 2011 hat die "BILD-Zeitung" darüber berichtet, dass im Verkehrsministerium verschiedene Vignetten-Berechnungen vorgenommen worden seien. Damals hat Herr Ramsauer gesagt – Ich zitiere - : "In meinem Haus gibt es keine Denkverbote. Wo kämen wir denn hin, wenn wir den Fachleuten untersagen, sich mit allen Aspekten der Infrastrukturfinanzierung auseinanderzusetzen." Das war vor zweieinhalb Jahren. Die Bundestagsfraktion der GRÜNEN hat nach zweieinhalb Jahren eine Anfrage gestellt, zu der nichts herausgekommen ist. Man kann sich die Frage stellen: Ist das

rechtlich gar nicht möglich, und sie wissen es schon längst? Die Frage kann man sich stellen. Die andere Frage lautet: Geht man davon aus, dass die Maut nicht umgesetzt wird, weil man sie nicht umsetzen kann? Anders lässt es sich nicht erklären, dass eine Anfrage nach zweieinhalb Jahren so banal beantwortet wird. Wir wissen definitiv gar nichts.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Auf einen Punkt möchte ich noch eingehen. Fraktionsübergreifend ist es unstrittig, dass allein der Unterhalt unserer Verkehrsinfrastruktur gewaltige finanzielle Mittel und Anstrengungen erfordert. Das ist absolut unstrittig. Sie begründen die Einführung der Maut damit, dass Sie die Mehreinnahmen für den Straßenunterhalt benötigen. In der Begründung Ihrer Anträge steht auch immer: Gerechtigkeit und Fairness. Schauen wir uns doch einmal an, wie die größten Schäden auf den Straßen entstehen. Diese werden durch den Lkw-Verkehr verursacht. Wenn man von Gerechtigkeit und Fairness spricht, muss man sich das Verursacher-Prinzip genau ansehen. Wir können von heute auf morgen schrittweise anfangen, die Grenze für die Zahlung der Lkw-Maut von derzeit 12 Tonnen auf 3,5 Tonnen abzusenken. Das ist in verschiedenen Stufen sofort machbar, bringt deutliche Mehreinnahmen, und die Verursacher werden stärker an der Finanzierung beteiligt.

Wir wissen, dass der Lkw-Schwerlastverkehr die Straßen bis zu 60.000-mal mehr belastet als der Pkw-Verkehr. Bei der Ausweitung der Lkw-Maut müsste angepasst werden. Dazu sollten nicht nur die Autobahnen und die paar Ausweichbundesstraßen zählen, sondern alle Bundesstraßen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Bei dem ganzen Seehofer-Maut-Theater, das gespielt wird, muss man sich die Frage stellen: Wir reden von 5 % der Pkws, die auf den Straßen unterwegs sind und nicht inländischen Pkw-Haltern gehören. Auf der anderen Seite sprechen Sie immer wieder an, Sie möchten keine Mehrbelastung des inländischen Pkw-Halters. Das wollen Sie über die Kfz-Steuer berechnen. Aktuell gibt es – grob geschätzt – zehn Millionen Pkws, deren Halter eine Kfz-Steuer von unter 100 Euro im Jahr zahlen. Wie soll das funktionieren? Darauf haben Sie keine Antwort. Sie werden sie auch nicht finden.

Wir werden alle drei Dringlichkeitsanträge ablehnen. Wir brauchen nicht vorgerechnet zu bekommen, was wir schon wissen. Es wird nicht funktionieren. Wir sollten eher etwas bei der Lkw-Maut machen, um die Ein-

nahmen zu erhöhen. Das Thema Pkw-Maut bringt uns nicht weiter.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Staatssekretär Eck, bitte.

Staatssekretär Gerhard Eck (Innenministerium): Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Manchmal muss man sich über Herrn Kollegen Roos wundern. Lieber Herr Kollege Roos, waren Sie im Urlaub, oder haben Sie sich zurückgezogen? Auf jeden Fall haben Sie die Gespräche im Rahmen der Koalitionsverhandlungen nicht miterlebt.

Es ist angesprochen worden, es gebe kein Konzept. Ich durfte in einer Gruppe, in welcher über das Thema Maut gesprochen worden ist, miterleben, wie tief man in die Thematik einsteigt, welche Details geregelt werden und wann eine Veröffentlichung geplant ist. Ihnen dürfte auch entgangen sein, dass gerade bei der SPD zurzeit eine Aufklärungs- und Abstimmungskampagne läuft. Deswegen ist vereinbart worden, dass Details, die überhaupt noch nicht ausgearbeitet sind, nicht für Verunsicherung sorgen sollten.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Staatssekretär, darf ich Sie kurz unterbrechen? Lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Staatssekretär Gerhard Eck (Innenministerium): - Nein, am Schluss. - Sie sollten wissen, dass dies nicht nur bei dem Thema Maut so ist, sondern auch bei den Themen EEG und Mindestlohn. Ich frage Sie hier schließlich nicht danach, wie das nach Ihrer Meinung in Bezug auf einen Mindestlohn ausschauen sollte.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Mit dem Flexijahr verrechnen!)

Sie können es mir nicht sagen, weil es hier überhaupt noch keine Details gibt.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das ist wirklich detailliert ausgearbeitet worden!)

Kolleginnen und Kollegen, wer hier spricht, sollte wissen, wovon er spricht. Lieber Herr Kollege Aiwanger, Sie haben angesprochen, wir hätten mit der österreichischen Verkehrsministerin verhandelt. Ich muss Sie enttäuschen; der österreichische Generalsekretär war vor Ort und hat verhandelt, nicht die Ministerin. Ich will Ihnen ganz selbstbewusst sagen: Selbst wenn die Ministerin dort verhandelt hätte, hätte ich mir die Gesprächsführung zugetraut; denn wenn man die Aufga-

ben und das große Spektrum unseres Hauses sieht und mit Österreich vergleicht, dann meine ich, können wir ohne Weiteres Schritt halten.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, ich darf Kollegen Glauber ansprechen. Sie haben, aus meiner Sicht vollkommen unglücklich, die Formulierung "Abkassieren der Ausländer" in den Mund genommen. Ich kenne keinen CSU- oder CDU-Politiker, der diese Worte "Abkassieren der Ausländer" in den Mund genommen hat. Man kann natürlich alles so hindrehen, wie es einem gerade in den Kram passt. Es ist aber falsch. Wir reden davon, dass wir im Ausland zugelassene Fahrzeuge an der Finanzierung unserer Verkehrsinfrastruktur beteiligen wollen.

(Helga Schmitt-Bussinger (SPD): Die Fahrer nicht?)

In Österreich, in der Schweiz, in der Tschechischen Republik oder in der Slowakei sind überall Mautsysteme eingeführt, und ausländische Autofahrer finanzieren die Infrastruktur dort mit, in Frankreich, Polen und Italien ebenfalls. Deshalb kann ich nicht verstehen, dass Sie die Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik Deutschland mit dem Hinweis auf die Mautsysteme in anderen Ländern mehr belasten wollen. Diese Diskussion ist unsäglich.

Last but not least möchte ich eines ansprechen: Es wird immer versucht unterzuschoben, dass eine Pkw-Maut für Ausländer nicht EU-rechtskonform wäre. Es liegen aber schriftliche Aussagen vor, dass ein Mautsystem auch in der Bundesrepublik Deutschland EU-rechtskonform organisiert und gemanagt werden kann.

An dieser Stelle schließe ich den Kreis. Deswegen geht es eben nicht, wie Sie es versuchen, mit einem Schnellschuss, sondern das muss bis ins feinste Detail diskutiert werden. Wir achten und respektieren unseren Koalitionspartner und nehmen uns dafür ausreichend Zeit. Vielleicht ist es in Zukunft hier im Hohen Haus etwas einfacher, wenn Sie sich in Berlin und München austauschen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das ist fast etwas dreist, Herr Kollege!)

Meine Damen und Herren, ein weiterer Grund ist noch anzusprechen, warum der Antrag der FREIEN WÄHLER überflüssig ist. Sie schreiben nämlich, dass in den Verhandlungen in Kufstein das Thema Maut diskutiert worden sei. Das ist unsäglich und vollkommen falsch. Kollege Rotter hat es vorhin schon deutlich gemacht. In Österreich wird deshalb über dieses Thema

diskutiert, weil sie maßlos unterfinanziert sind. In Österreich wird jede Stecknadel im Heuhaufen gesucht, um mehr Geld in die Finanzierung zu bringen. Deshalb steht das Land unter Druck, jede Möglichkeit auszunutzen. Unsere Bitte war, die Maut auf der Strecke so lange hinauszuschieben – das war 16 Jahre lang möglich –, bis wir in der Bundesrepublik Deutschland zusammen mit unserem Koalitionspartner ein vernünftiges System aufgebaut haben, das gegebenenfalls grenzüberschreitend eingesetzt werden kann. Das war die Bitte. Das wurde von allen politischen Gruppen Österreichs, die dabei waren, unterstützt. Der Generalsekretär war jedoch nicht mit entsprechender Kompetenz und Vollmacht ausgestattet. Er hat die Bitte an die Regierung mitgenommen. Das wird im österreichischen Parlament noch behandelt. Wir warten auf das Ergebnis.

Aus den genannten Gründen sind die beiden Dringlichkeitsanträge von SPD und FREIEN WÄHLERN abzulehnen. Ich bitte, dem Antrag der CSU zuzustimmen.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Liebe Kolleginnen und Kollegen, schenken Sie mir einen Augenblick Ihre Aufmerksamkeit. Ich möchte hiermit ankündigen, dass die CSU zu den drei aufgerufenen Anträgen jeweils namentliche Abstimmung beantragt hat. Da die Ankündigung mindestens 15 Minuten vor der Abstimmung erfolgen muss, wollte ich das dazwischenschieben. Ich bitte um Ihr Verständnis.

Die nächste Wortmeldung zu einer Zwischenbemerkung kommt von Kollegen Roos.

Bernhard Roos (SPD): Danke, Frau Präsidentin. - Sehr geehrter Herr Staatssekretär Eck, Sie sprechen immer davon, dass die Details noch nicht bekannt sind. Das ist ein Affront. Es ist gibt noch nicht einmal ein Grobkonzept und keinen Entwurf. Null und nichts liegt vor. Deshalb sind Sie mit dem Verweis auf Details wirklich auf dem falschen Pfad.

Die zweite Bemerkung: Man hat in Verhandlungssituationen immer unterschiedliche Wahrnehmungen. Ministerpräsident Seehofer hatte einmal eine wunderschöne Nacht mit Ulla Schmidt. Unter den Folgen leiden wir noch heute.

(Allgemeine Heiterkeit)

Mir ist nicht bewusst, dass Florian Pronold als unser Mann für die SPD in der Verhandlungskommission zu Verkehrsfragen, unter anderem zur Pkw-Maut, mit Herrn Ramsauer eine wunderschöne Nacht gehabt hätte. Ich denke nicht, dass dem so war.

Ich will Sie, drittens, fragen: Ihr Kollege Erwin Huber, der jetzige Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses, kommentierte die geplante Einführung einer Pkw-Maut auf bundesdeutschen Autobahnen im Mai 2012 mit den Worten – ich zitiere –: "In Stil und Inhalt Pfusch". Womit haben Sie ihn vom Gegenteil überzeugt?

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bitte.

Staatssekretär Gerhard Eck (Innenministerium): Erstens. Was Pronold und unser Verkehrsminister in der Nacht machen, ob getrennt oder miteinander, geht mich nichts an.

(Allgemeine Heiterkeit – Isabell Zacharias (SPD): Das wollen wir nicht wissen!)

Ich sehe mich auch nicht in der Lage, hier im Hohen Haus darüber zu diskutieren. Wenn Sie aber Details ansprechen, dann ist festzustellen: Die Maut muss letztlich in Gesetzesform kommen. Dazu sind Detailfragen zu klären. Zwischen den Koalitionspartnern wurde ausdrücklich vereinbart, dass vor Abschluss des Vertrages in der Öffentlichkeit darüber nicht gesprochen wird. Sie können das aber gern noch einmal prüfen lassen. Kollege Pronold wird Ihnen keine andere Antwort geben können.

Wie Sie Fragen vom Kollegen Huber beantworten lassen, überlasse ich Ihnen. Ich bin auf jeden Fall nicht ans Rednerpult getreten, um für den Kollegen Huber Fragen zu beantworten.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der CSU: Bravo!)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Zu einer Zwischenbemerkung: Kollege Aiwanger.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Eck, Sie haben vorher ausgeführt, dass das Aufheben der Kontrollfreiheit auf österreichischer Seite nichts mit der deutschen Maut-Debatte zu tun habe. Sie sind aber im Nachgang der Verhandlungen in Österreich zitiert worden, dass die Österreicher genau das ins Gespräch gebracht hätten. Die Österreicher hätten gesagt, das sei eine Reaktion auf deutsche Maut-Pläne. Ist das Thema debattiert worden oder nicht? In den Medien wurden Sie mit dem Hinweis zitiert, die Österreicher hätten gesagt, es sei eine Reaktion auf deutsche Maut-Pläne.

Staatssekretär Gerhard Eck (Innenministerium): Ich weiß nicht, wo Sie das gelesen haben. So habe ich das jedenfalls nicht gelesen. Die Presse- und Medienvertreter haben das in meiner Anwesenheit so nicht gefragt. Bei diesem Gespräch wurde von mir angesprochen, dass die Situation, dass auch in der Bun-

desrepublik Deutschland über die Einführung der Maut gesprochen wird, doch die beste Gelegenheit ist, ein Mautsystem gemeinschaftlich zu entwickeln, das die Bürgerinnen und Bürger vor Maut-Ausweichverkehr schützt. Das war die Aussage.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Der Herr Ministerpräsident hat ums Wort gebeten.

(Isabell Zacharias (SPD): Das hat nicht gereicht! – Markus Rinderspacher (SPD): Jetzt kommt das Mautkonzept! – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Enthüllungstory! Wie geht es, Herr Seehofer? Sagen Sie uns das endlich!)

Ministerpräsident Horst Seehofer: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin sehr glücklich über Ihre gute Laune. Das freut mich. Mir ist heute aber schon bei so mancher Debatte aufgefallen, dass das, was tatsächlich in Berlin besprochen beziehungsweise vereinbart wurde - und das sage ich sehr vorsichtig -, hier sehr interessengeleitet wiedergegeben wurde. Der Einzige, der aus diesem Hause ist und in Berlin bei den Verhandlungen dabei ist, steht hier vor Ihnen. Ich möchte deshalb zu diesem Thema darlegen, wie es tatsächlich ist.

(Zurufe von der SPD)

- Das ist leider so für euch. Da müsst ihr euch noch ein bisschen umstellen. Das ist eine schwierige Situation.

(Beifall bei der CSU – Heiterkeit bei der SPD)

Ich will an die SPD-Fraktion gerichtet nur sagen: Ihr seid jetzt Partner, außer ihr lehnt das in den nächsten Tagen ab.

(Allgemeine Heiterkeit)

Gegenüber Partnern pflegt man aber eine gute Informationspolitik.

(Markus Rinderspacher (SPD): Vor der Wahl oder nach der Wahl? – Weitere Zurufe von der SPD)

Herr Aiwanger, ich will nur zu einem Ihrer Zwischenrufe etwas sagen, wenn ich den heute Nachmittag richtig verstanden habe. Das Bundesleistungsgesetz wird am 01.01.2016 in Kraft treten. Die Bundesbeteiligung beginnt bereits ein Jahr früher - das wurde von der SPD richtig gesagt - mit einer Milliarde.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das wird ja wohl mit einer Milliarde sein!)

Im Endstadium werden es aber fünf Milliarden Euro sein. Das ändert aber nichts an der Tatsache, dass diese fünf Milliarden Euro plus die vier Milliarden Euro Grundsicherung eine Entlastung der Kommunen um neun Milliarden Euro bedeuten. Neun Milliarden Euro! Das wollte ich nur einmal festhalten.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das haben Sie jetzt wieder sechs Jahre hinausgezogen!)

- Wissen Sie, Herr Aiwanger, unser oberster Grundsatz lautet: hohe Beschäftigung und Wachstum. Wir haben auch in Bayern erlebt: Wenn die Arbeitsplätze nicht sicher sind, dann können Sie zwar über vieles philosophieren, aber nichts realisieren.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): 2010 haben wir das vor der Wahl auch gesagt!)

Das Zweite sind solide Finanzen, keine Neuverschuldung und keine Steuererhöhung.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Aber jemand muss es zahlen!)

Jetzt kann man hier nicht bestimmte Ziele vertreten und in Berlin das Gegenteil praktizieren.

(Natascha Kohnen (SPD): Das machen Sie doch andauernd!)

Wir können daher nur in einem Rahmen ohne Neuverschuldung und ohne Steuererhöhungen finanzieren. Ich glaube, das sagen wir jetzt heute einmal zu Beginn der Partnerschaft, dann müssen wir es nicht bei jeder Diskussion wiederholen. Mir würde vieles einfallen, was man noch Segensreiches machen kann; damit würden wir aber die solide Finanz- und Haushaltspolitik in Bayern und in Deutschland beschädigen. Das wollen wir aber nicht, damit das ein für alle Mal für diese Legislaturperiode klar ist.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Jetzt zur Historie und zur Genese der Maut. Erste Feststellung, eine gemeinsame Feststellung der Koalition: Wir haben einen gigantischen Unterhalts- und Investitionsstau bei den Verkehrswegen, sowohl auf den Verkehrsstraßen als auch auf der Schiene in der Bundesrepublik Deutschland. In dieser Einschätzung sind wir völlig d'accord. Auch in der zweiten Einschätzung sind wir d'accord, dass wir nämlich die Planungen und die Finanzierung auf neue Füße stellen müssen. Wenn wir das in einem hoch entwickelten Staat wie der Bundesrepublik Deutschland nicht tun, dann werden wir wirtschaftlich Schaden nehmen.

Zweite Feststellung: Aus diesem Grund und unter Einhaltung des Oberziels - keine Steuererhöhungen und keine Schulden - haben wir aus dem Haushalt für die nächste Legislaturperiode zusätzlich fünf Milliarden Euro aus Steuermitteln für den Verkehrshaushalt vorgesehen. Das ist eine Zuführung an den Verkehrshaushalt, wie es ihn bisher nicht gegeben hat. Das ist ein großer Impuls, nicht nur für die Verkehrsinvestitionen, sondern auch für die Arbeitsplätze in der Bundesrepublik Deutschland. Das ist eine ganz, ganz wichtige Entscheidung. Wenn unser Partner dem Koalitionsvertrag zustimmt, wenn er dazu die Kraft hat – ich hoffe, dass diese Zustimmung federführend aus Bayern geschieht –,

(Angelika Weikert (SPD): Meinen Sie die CSU?)

dann haben wir auf jeden Fall zusätzlich fünf Milliarden Euro aus dem Bundeshaushalt für die Verkehrsinvestitionen. Bei den Verkehrsinvestitionen haben wir in einer Legislatur eine Lücke von 11 Milliarden Euro. Das ist eine Feststellung, die nicht die CSU oder die Staatsregierung gemacht hat; wir haben allerdings daran mitgewirkt. Es ist ein einstimmiger Beschluss aller Verkehrsminister der Bundesrepublik Deutschland. Das steht unter dem Stichwort Bodewig-Kommission. Bodewig war einmal ein Verkehrsminister der SPD.

(Helga Schmitt-Bussinger (SPD): Das ist uns bekannt!)

- Es ist aber nicht überall bekannt.

(Helga Schmitt-Bussinger (SPD): Uns schon!)

- Euch schon. Also haben wir eine Lücke, weil wir diese Investitionslücke von 11 Milliarden Euro aus Steuermitteln nur mit fünf Milliarden Euro verkleinern können. Im Frühjahr dieses Jahres haben wir als Freistaat Bayern beim Bund allein für Bayern dringliche, notwendige Verkehrsinvestitionen von 30 Milliarden Euro angemeldet, und zwar nicht für Landschaftszerstörung, sondern für eine sinnvolle Fortentwicklung unseres Verkehrssystems auf Straße und Schiene. Ihr seid genauso unterwegs wie wir. Wir hören bei jedem Aufenthalt vor Ort, dass bei den Autobahnen, bei der Elektrifizierung, bei den Ortsumgehungen, bei den Staatsstraßen dies und jenes "im Interesse der Bürger" notwendig ist. Wir sind entschlossen, den Bürgern auch zu sagen: Wir sorgen für die Finanzierung. Ich fahre nämlich nicht durch unsere Heimat mit dem Argument: Liebe Bürger, ihr habt Recht, aber wir können es erst in 30 Jahren finanzieren.

In der möglichen künftigen Koalition stimmen wir vollkommen überein bei der Festlegung der Größe der notwendigen Verkehrsinvestitionen und bei der Fest-

legung dessen, was wir aus dem Bundeshaushalt leisten können. Also haben wir – dritte Feststellung - eine Lücke. Über diese Lücke haben wir diskutiert und deshalb in den Koalitionsvertrag aufgenommen, dass wir neben den Steuermitteln eine nutzerfinanzierte Grundlage brauchen. Da war bei euch die Lkw-Maut unumstritten. Trotzdem wussten wir Partner alle miteinander, dass die Ausweitung der Lkw-Maut unter 12,5 Tonnen auf der Autobahn und später, in drei oder vier Jahren auf den Bundesstraßen, aus technischen Gründen nicht ohne Probleme ist. Hier wurde so schön gesagt: 3,5 Tonnen. Gehen Sie einmal mit mir hinaus und reden Sie mit dem Heizungsbauer, mit dem Handwerker, mit dem Unternehmer mit einem Schnell-Lkw. Anschließend werden Sie wahrscheinlich über die 3,5 Tonnen anders denken. Das ist nämlich eine Zusatzbelastung für unseren Mittelstand.

Herr Hartmann, ich möchte Ihnen deshalb sagen: Diese Debatte muss man führen. Im Koalitionsvertrag steht deshalb zur Lkw-Maut - es tut mir leid, Herr Kollege, dass wir auch da allgemein geblieben sind -, dass die Tonnageabgrenzung erst im Gesetzgebungsverfahren erfolgt. In diesen fünf Wochen der Koalitionsvereinbarung konnten wir nämlich einfach nicht zielgenau entscheiden, wie weit wir von 12,5 Tonnen heruntergehen können, ohne bei unserem Mittelstand in Bayern und in Deutschland großen Schaden anzurichten. Wir haben deshalb das gleiche Verfahren angewandt: Wir haben gesagt, zunächst eine Ausweitung der Lkw-Maut auf der Autobahn angehen, indem wir die Tonnagen heruntersetzen. Wir haben aber offen gelassen, wie weit. Außerdem wollen wir eine Ausweitung auf die Bundesstraßen und die den Autobahnen ähnlichen Straßen. Das wird aus technischen Gründen allerdings einige Zeit dauern, weil die notwendige Technik erst eingerichtet werden muss, um eine nutzerfinanzierte Gebühr zu bekommen. Das haben wir zur Lkw-Maut beschlossen.

Dann zur Pkw-Maut, zum Verfahren und dazu, wo sie entschieden wurde. Da saß Herr Pronold übrigens nicht dabei. Ich habe einen Text, den ich mit der Kanzlerin vorbereitet hatte, in diese Runde eingeführt, und Ihr Parteivorsitzender hat gesagt: in Ordnung.

(Markus Rinderspacher (SPD): Der Text ist in Ordnung!)

Da fand überhaupt keine Debatte statt. Der Text ist völlig in Ordnung.

(Markus Rinderspacher (SPD): Ja, der Text ist völlig in Ordnung!)

Jetzt sage ich Ihnen, warum er "in Ordnung" gesagt hat: weil der Koalitionsvertrag eine Grundstruktur hat. Diese Grundstruktur tritt zutage, und das wurde heute

schon einmal kritisiert, beim schnellen Internet, bei der Energiewende, in vielen Bereichen der Arbeitsmarktpolitik und der Familienpolitik. Selbst beim Mindestlohn haben wir Aussagen vereinbart, die wir bei der Ausarbeitung des Gesetzes beachten müssen. Da geht es beispielsweise um die Frage, wie wir mit Mini-jobbern und mit Saisonarbeitnehmern umgehen. Wir wollen bei allem Ja zum gesetzlichen Mindestlohn bei bestimmten Beschäftigungsverhältnissen keinen Schaden anrichten. Das ist die Grundstruktur des gesamten Koalitionsvertrags. Ich habe deshalb heute meiner Fraktion gesagt: Wir haben jetzt Grundsätze, Ziele und Instrumente in allen Bereichen des Koalitionsvertrags genannt.

Jetzt aber ist die Diskussion etwas eigenartig, weil dieses Thema offensichtlich stark der CSU zugeschrieben wird. Wir werden das auch umsetzen, verlassen Sie sich darauf. Im Wahlkampf habe ich immer gehört: Das kann der Seehofer nie gegenüber der CDU durchsetzen. Wir haben es durchgesetzt, so ist das. Wir haben es durchgesetzt!

(Beifall bei der CSU – Markus Rinderspacher (SPD): Ein klares Konzept würde nicht schaden!)

Das berührt mich auch nicht. Das Kennzeichen einer neuen Idee ist immer die Skepsis. Seitdem ich Politik betreibe, höre ich immer zuallererst, wenn eine neue Idee aufkommt: Das wird er nicht durchsetzen, das kann er nicht durchsetzen. – Es ist aber alles so gekommen, wie geplant.

Was haben Sie in den Verhandlungen noch alles zum Thema Betreuungsgeld gesagt? Sie haben gesagt: Es muss wieder zurückgenommen werden. Dann haben Sie gesagt: Es muss eine Länderöffnungsklausel geben, damit man es in Hamburg nicht bezahlen muss; in Bayern muss man es bezahlen. Ich könnte Ihnen eine große Liste von solchen Vorschlägen Ihrerseits vorlesen, die tatsächlich gemacht wurden und die nicht behauptet werden. Aber nachdem Sie ein möglicher künftiger Partner sind, will ich Sie barmherzig behandeln und das unterlassen.

(Beifall bei der CSU – Lachen bei der SPD)

Das Betreuungsgeld steht im Gesetz und wird im Koalitionsvertrag nicht angegriffen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Herr Ministerpräsident, wie sieht es mit der Maut denn jetzt aus?)

- Herr Rinderspacher, die Aussagen stehen doch ganz klar fest. Und so stand es in unserem Bayernplan. Übrigens hat Ihr Parteivorsitzender mir gesagt: Erstens. Ihr habt einen genialen Wahlkampf geführt.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das möchte ich gar nicht bestreiten!)

- Ich will ja nur sagen, wie wir in der Koalitionsverhandlung beurteilt worden sind. – Zweitens hat er gesagt: Ihre Verhandler von der CSU kennen den Bayernplan besser als die Bibel. – Das spricht für die Qualität des Bayernplans.

(Markus Rinderspacher (SPD): Er hat ja nur 25 Seiten!)

Drittens. Wir hätten einen Koalitionsvertrag für die normale Bevölkerung geschlossen. – Darin stimme ich ihm zu. Herr Gabriel sagt: für die kleinen Leute. Das ist alles zu Ihren Gunsten.

Wie steht das im Bayernplan? Erstens. Wir führen die Pkw-Maut ein. Zweitens. Es darf zu keiner Mehrbelastung für die deutschen Autofahrer kommen. Das steht in unserem Bayernplan; das ist überhaupt keine nachgeschobene neue Behauptung. Wir haben mit der Kommission geklärt, dass prinzipiell über die Steuer eine Entlastung der deutschen Autofahrer möglich ist. Wir hatten nie die Absicht, gegen Europarecht zu verstoßen.

Ich muss Ihnen sagen: Wieso wird jetzt eine isolierte Debatte über die Maut geführt, während die Themen Energiewende, Mindestlohn und schnelles Internet überhaupt keine Rolle spielen, obwohl wir darüber mit der gleichen Tiefe Vereinbarungen getroffen haben? – Wir haben gesagt: Wenn die Regierung steht und die Minister bekannt sind, wird es umgesetzt. Darum werden wir nächstes Jahr sehr viel Arbeit haben, auch hier im Bayerischen Landtag.

Deshalb verstehe ich die Debatte überhaupt nicht. Es wird so kommen, wie ich es ausgeführt habe. Herr Rinderspacher, Sie werden eines Tages hier am Pult sagen: Sie haben Recht behalten. – Weil Sie ein treuer Koalitionspartner sind, werden Sie uns dieses Lob zukommen lassen. So wird es sein.

(Lachen bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Das ist die wahre Geschichte von der Maut. Wir haben eine Struktur für den Koalitionsvertrag gewählt, wodurch quasi alles in der gleichen Fertigungstiefe ausgeführt wird. Die Umsetzung steht im Jahre 2014 an.

(Lachen bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Im Koalitionsvertrag wird sogar ganz konkret angekündigt, dass ein entsprechendes Gesetz 2014 verab-

schiedet werden soll. Ich freue mich auf ein Wiedersehen an diesem Pult zum gleichen Thema 2014. Alles Gute!

(Anhaltender Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU: Bravo!)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Meine Damen und Herren, inzwischen sind 15 Minuten vorbei, sodass wir über die drei Dringlichkeitsanträge abstimmen.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Darf ich noch schnell etwas sagen? Nur einen Satz! – Isabell Zacharias (SPD): Das gilt dann aber auch für uns? – Ministerpräsident Horst Seehofer: Das gilt für euch auch! – Unruhe bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

- Einen Moment, noch habe ich nicht das Wort erteilt.

(Ministerpräsident Horst Seehofer tritt mit einem iPad an das Redepult)

Ministerpräsident Horst Seehofer: Es sind ja nur zwei Sätze. Ich habe vor meiner Rede noch schnell nach einer ganz wichtigen Vereinbarung zwischen CDU, CSU und SPD gesucht. Sie steht beim Kapitel Finanzen. Die Leiterin der Staatskanzlei war schneller als ich in der Lage, sie zu finden. Ich wusste, dass wir den folgenden Satz vereinbart hatten, aber ich habe ihn auf die Schnelle nicht gefunden: "Für die dringend notwendigen Investitionen in die öffentliche Verkehrsinfrastruktur werden insgesamt fünf Milliarden Euro zusätzlich mobilisiert."

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

- Das kommt heraus. Wir rechnen immer für eine Legislaturperiode. – Man kann eines nicht machen, lieber Herr Rinderspacher: dass wir in Berlin etwas völlig einvernehmlich vereinbaren - -

(Markus Rinderspacher (SPD): Wir warten auf Ihr Konzept!)

- Ich war Zeuge, und zwar zu jeder Tages- und Nachtzeit. Das waren schon "schöne Zeiten". – Man kann dann hier nicht so tun, als hätte man die Vereinbarung nicht mitformuliert und mitgetragen. Das sollten wir von Anfang an unterlassen. Jetzt reicht's.

(Beifall bei der CSU – Unruhe bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Nach der Geschäftsordnung sind weder iPads noch iPhones als Hilfsmittel zugelassen. Das will ich nur gesagt haben.

(Unruhe – Ministerpräsident Horst Seehofer: Ich bin ein Neuling!)

- Er ist ein Neuling, er ist erst frisch in den Landtag gekommen.

(Allgemeine Heiterkeit)

Damit wäre das auch gesagt. – Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, kommen wir wieder zu den ordentlichen Geschäftsabläufen. Die drei Dringlichkeitsanträge sind wieder getrennt worden. Wir stimmen darüber einzeln ab.

Ich rufe zunächst den Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 17/163 betreffend "Ausländermaut-Debatte darf nicht noch mehr Schaden für Deutschland anrichten" auf. Für die erste Abstimmung stehen fünf Minuten zur Verfügung, für die weiteren jeweils drei Minuten. Die Abstimmung ist hiermit eröffnet.

(Namentliche Abstimmung von 16.45 bis 16.50 Uhr)

Meine Damen und Herren, die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Die Stimmen werden außerhalb des Plenarsaals ausgezählt.

Ich darf Sie bitten, wieder Platz zu nehmen, damit wir weitermachen können. Wir treten in die nächste Abstimmung ein.

Ich rufe zur nächsten namentlichen Abstimmung auf, für die wir jetzt drei Minuten vorsehen. Es ist der Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/177 der CSU-Fraktion betreffend "Pkw-Maut für Reisende aus dem Ausland ist richtig und fair". Ich darf Sie bitten, Ihr Votum abzugeben. Sie haben drei Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 16.51 bis 16.54 Uhr)

Meine Damen und Herren, ich darf Sie um Ihre Aufmerksamkeit bitten. Die drei Minuten sind um. Die Abstimmung ist abgeschlossen. Wir zählen wieder außerhalb des Plenarsaals aus.

Wir wollen im Abstimmungsverfahren weitermachen. Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ich rufe erneut zur namentlichen Abstimmung auf mit wiederum drei Minuten Abstimmungszeit. Wir stimmen ab über den Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/178 der SPD-Fraktion betreffend "Keine zusätzlichen Belastungen durch geplante Pkw-Maut für Inländer". Bitte schreiten Sie zur Tat.

(Namentliche Abstimmung von 16.55 bis 16.58 Uhr)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, die Stimmabgabe ist jetzt abgeschlossen. Es wird außerhalb des Saales ausgezählt. Wir fahren in der Tagesordnung fort.

Ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Sepp Dürr u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Münchener Kunstfund: Konsequenzen ziehen
(Drs. 17/164)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Isabell Zacharias, Martina Fehlner u. a. und Fraktion (SPD)
Konsequenzen aus dem Kunstfund in Schwabing ziehen
(Drs. 17/179)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Das Wort hat Herr Kollege Dr. Dürr.

Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Es ist in den letzten Wochen viel darüber gesprochen worden, wie einmalig der Münchener Kunstfund ist. Gleichzeitig ist deutlich geworden, dass der Fall Gurlitt in vielerlei Hinsicht beispielhaft ist. Er zeigt erstens, dass unsere Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und seinen Folgen eine ständige unerledigte Aufgabe bleibt. Immer wieder stellt sich heraus, dass es nach so vielen Jahren keinerlei Routine gibt, ja nicht einmal eine ausreichende Rechtsgrundlage.

Er zeigt zweitens auch, wie schwer sich bayerische Behörden wie etwa die Staatsanwaltschaft tun, wenn etwas den Rahmen ihrer gut organisierten Alltagspraxis übersteigt. In solchen Fällen lastet das ganze Gewicht perfekter bayerischer Bürokratie tonnenschwer auf den Zuständigen, und ihr Handeln wird extrem schwerfällig.

Wie im 19. Jahrhundert begreift der Staat das Interesse der Öffentlichkeit, die weltweite Aufmerksamkeit, das Know-how und Wissen unterschiedlichster Interessengruppen und Einzelner nicht als Hilfe und Anerkennung, sondern als Hindernis und Störfaktoren. Stattdessen soll Ruhe und Stillhalten immer noch erste Bürgerpflicht sein, bis der Staat seiner vermeintlich so professionellen Arbeit nachgegangen ist und irgendwann damit fertig ist. Man hätte am liebsten, dass die Bürgerinnen und Bürger so lange Ruhe geben.

Drittens zeigt dieser Fall, wie ineffizient und störanfällig die bayerische Staatsverwaltung agiert, wenn es wirklich darauf ankommt, und wie wenig bayerische Minister ihre Ministerien im Zweifel im Griff haben.